

## **Sicher leben in Neuss und Nordrhein Westfalen**

**Beschluss des Stadtparteitages der CDU Neuss**

**Innere Sicherheit**

**am 18.06.2016**

## **Sicher leben in Neuss und Nordrhein Westfalen**

Die rot-grüne Landesregierung hat nicht erst seit den gravierenden Vorfällen in der Silvesternacht 2015 bewiesen, dass sie nicht in der Lage ist, die innere Sicherheit in Nordrhein Westfalen auf einem Stand zu gewährleisten, den die Bürgerinnen und Bürger zu Recht erwarten können. Die Anzahl der registrierten Straftaten ist in NRW im bundesweiten Vergleich besonders hoch, während die Aufklärungsquote bedrohlich gering ist. Dies gilt insbesondere bei Wohnungseinbrüchen. Schon seit Jahren treiben Einbrecherbanden nahezu ungehindert in unserem Bundesland ihr Unwesen, während die Landesregierung untätig bleibt. Ebenso wenig konnte Rot-Grün den explosionsartigen Anstieg von gewaltbereiten Islamisten in unserem Land verhindern. Die Landesregierung hat auf ganzer Linie versagt und untergräbt das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger.

Unsere Polizistinnen und Polizisten leisten viel. Sie sind jedoch überarbeitet, technisch mangelhaft ausgestattet und immer häufiger Opfer von Angriffen. In der Landesregierung finden sie keinen Rückhalt. Gleiches gilt für die vollständig überlasteten Gerichte und Staatsanwaltschaften.

Wir sind der Überzeugung, dass die Sicherheit in unserem Land Grundlage für unsere Freiheit, unseren relativen Wohlstand und unsere politische Stabilität ist. Wir kämpfen daher dafür, die innere Sicherheit in Neuss und NRW dauerhaft und grundlegend zu verbessern, die Polizei zu stärken und die Strafverfolgung effektiver zu gestalten.

## **AG 1 – Innere Sicherheit in NRW – Sicherheitsstrukturen stärken**

Wir brauchen eine Polizei, die ihren Aufgaben vollumfänglich nachkommen kann. Dazu muss Nordrhein-Westfalen dauerhaft wieder mehr Polizisten einstellen. Die Ausbildung von neuen Polizeikräften ist daher deutlich auszuweiten und zu intensivieren. Eine weitere Akademisierung der Ausbildung von Polizisten lehnen wir ab. Jeder Schulabschluss soll eine Laufbahn bei der Polizei nach den jeweiligen individuellen Fähigkeiten der Bewerberin bzw. des Bewerbers ermöglichen. Dazu wollen wir auch über die Ausgestaltung einer sog. Wachpolizei diskutieren. Die Hundertschaften der Bereitschaftspolizei wollen wir weiter spezialisieren, indem wir Beweis- und Festnahmeeinheiten ausbilden.

Ebenso müssen die Verwaltungsstrukturen überarbeitet werden. Dort, wo es geht, sollen Schreibtischjobs von zivilen Angestellten übernommen werden, um den Anteil der Polizeibeamten auf den Straßen zu erhöhen. Besondere Aufmerksamkeit muss die Straßen- und die Einbruchskriminalität erhalten. Dazu wollen wir auch das Instrument der Schleierfahndung wieder in NRW einführen. Personalintensive, aber weitgehend sinnlose PR-Aktionen, wie den „Blitzmarathon“, sollen zugunsten der Einbruchsbekämpfung zurückgestellt werden. Darüber hinaus muss geprüft werden, welche weiteren Aufgaben an zivile Stellen abgegeben werden können.

Unsere Polizisten benötigen die bestmögliche technische Ausrüstung, insbesondere für ihren eigenen Schutz. Beschaffungsskandalen, wie beim kürzlich angeschafften neuen Streifenwagen, muss in Zukunft frühzeitig entgegengewirkt werden. Dazu sind die Polizeikräfte stärker als bisher im Vorfeld einzubeziehen. Zur technischen Ausrüstung müssen in Zukunft insbesondere „Body-Cams“ gehören, die Polizeibeamte schützen und die Strafverfolgung deutlich erleichtern können.

Als Partei und Gesellschaft stehen wir hinter unseren Polizistinnen und Polizisten. Wir fordern daher deutlich härtere Strafen bei Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen, Nötigungen und Behinderungen von Polizeikräften, aber auch von Feuerwehrleuten und

Rettungsanitätern. Denn ein Angriff auf unsere Sicherheitskräfte ist ein Angriff auf uns alle.

In immer mehr Städten unseres Landes haben sich „No-Go-Areas“ etabliert, in denen sich selbst Polizisten nicht mehr ohne Verstärkung bewegen, weil sie Angst um ihre körperliche Unversehrtheit haben müssen. Dieses staatliche Versagen darf nicht länger hingenommen werden. Es gehört zur Realität in unserem Land, dass einige Menschen keinen Respekt vor unserer Polizei, Strafverfolgung und unserem Staat haben. Es gehört ebenso zur Realität, dass der Polizei und der Strafverfolgung die Instrumente fehlen, diesen Personengruppen Respekt vor unserem Rechtsstaat beizubringen. Strafen müssen schmerzhaft sein und zeitnah ausgesprochen werden. Auch muss die Polizei gegenüber aggressiven Gruppen härter durchgreifen können. Zur konsequenten Anwendung unserer Gesetze gehören auch eine kontrollierte Einwanderung sowie die zeitnahe Abschiebung von ausreisepflichtigen Personen.

Unsere Staatsanwaltschaften und Gerichte müssen daher ebenso wie die Polizei personell aufgestockt werden, um die Strafverfolgung zu intensivieren und Prozesse schnellstmöglich eröffnen und beenden zu können. Eine Verurteilung muss einem Verbrechen so schnell wie möglich folgen. Hier bedarf es auch einer intensiveren grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit unseren Nachbarländern, gerade auch um den innereuropäischen Grenzschutz zu gewährleisten. Insbesondere Wiederholungstäter müssen schneller wirksam verurteilt werden. Für uns gilt klar: Opferschutz vor Täterschutz. Auffällige, aber nie ernsthaft bestrafte Intensivtäter, darf es nicht mehr geben.

Besondere Aufmerksamkeit benötigt die Jugendkriminalität sowie das Abdriften von Jugendlichen in den religiösen bzw. Links- und Rechtsextremismus. Gemeinsam mit allen Akteuren aus Jugendarbeit, Bildung und Staat müssen jungen Menschen Auswege ermöglicht und aufgezeigt werden. Aber auch hier gilt: Urteile für Verbrechen sollen angemessene Strafen sein und weniger pädagogische Warnschüsse. Wer andere Menschen, insbesondere Jugendliche, zu Verbrechen oder zum Terrorismus aufwiegelt, muss dafür konsequenter verfolgt und bestraft werden.

Die Kameraüberwachung in öffentlichen Verkehrsmitteln und an vielen anderen Orten hat sich gerade bei der Aufklärung von Verbrechen bewährt. Wir fordern daher die Einführung von Kameraüberwachung von Kriminalitätsschwerpunkten und Angsträumen.

Das Internet ist und darf kein rechtsfreier Raum sein. Entsprechend müssen die Kompetenzen der Strafverfolgung im Netz ausgebaut und die Nutzer wirksam geschützt werden. Die erneute Einführung der Vorratsdatenspeicherung begrüßen wir.

## **AG 2 – Rettungswesen, Feuerwehr und Katastrophenschutz**

**Die CDU Neuss will maßgeblich zur Sicherung eines qualifizierten Rettungswesens, Feuer- und Katastrophenschutzes beitragen. Die Arbeitsgruppe möchte deshalb einen gemeinsamen Dialogprozess mit den Feuerwehren und Hilfsorganisationen starten und engagierte Personen zur Mitarbeit aufrufen. Wir erhoffen uns dabei zum Teil neue Ideen für diese wichtigen Aufgabenfelder.**

### **Rettungswesen**

In Deutschland ist der Rettungsdienst nach dem Föderalismusprinzip Ländersache. Das Land Nordrhein-Westfalen hat diese Aufgaben per Gesetz geregelt. Danach ist der Rhein-Kreis Neuss verpflichtet, die bedarfsgerechte und flächendeckende Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung einschließlich der notärztlichen Versorgung im Rettungsdienst und des Krankentransportes sicherzustellen. Zu diesem Zweck stellt der Kreis einen Bedarfsplan auf, in dem insbesondere Zahl und Standorte der Rettungswachen (11), weitere Qualitätsanforderungen sowie die Zahl der erforderlichen Krankenkraftwagen und Notarzteinsetzungsfahrzeuge festgelegt ist. Dieser Bedarfsplan wird laufend fortgeschrieben.

Die Stadt Neuss ist Trägerin der Rettungswachen und insoweit Trägerin rettungsdienstlicher Aufgaben; dies beinhaltet auch die Zuständigkeit für die notärztliche Versorgung.

In den drei Rettungswachen der Stadt Neuss stehen Einsatzkräfte und Rettungsmittel rund um die Uhr zur Verfügung. Die Rettungswachen werden von den Hilfsorganisationen MHD (Nord), JUH (Mitte) und DRK (Süd) betrieben. Von dort werden die Einsatzkräfte durch die Kreisleitstelle der Feuerwehr alarmiert und koordiniert und sollen in der gesetzlich vorgeschriebenen Hilfsfrist am Einsatzort eintreffen. Neben der umfangreichen medizintechnischen Ausstattung der Rettungsmittel gilt die fundierte fachliche Ausbildung der Rettungskräfte (Rettungsassistent, Rettungsassistent, Rettungshelfer) zu den wesentlichen Merkmalen der Notfallmedizinischen Versorgung. Der Notarztdienst

---

<sup>1</sup> Das Einsatzgebiet der Rettungswache Nord umfasst auch das Stadtgebiet Kaarst.

wird von den beiden Krankenhäusern - Lukaskrankenhaus und Johanna-Etienne-Krankenhaus - im sog. Rendezvous-System betrieben.

Das Berufsbild des Rettungsassistenten stellt dabei die höchste nichtärztliche Qualifikation im Rettungsdienst im Bereich der Notfallrettung dar. Seit dem 01.01.2014 ist das Notfallsanitätergesetz in Kraft. Das neue Gesetz löst nach über 20 Jahren das Rettungsassistentengesetz ab und ersetzt die zweijährige Ausbildung durch die dreijährige Ausbildung zum Notfallsanitäter. Jeder Rettungsassistent bleibt weiterhin Rettungsassistent, es ändert sich an seinen Kompetenzen nichts. Allerdings besteht die Möglichkeit, bis zum 31.12.2021, eine staatliche Ergänzungsprüfung abzulegen, um zum Notfallsanitäter aufzusteigen. Anstelle des Rettungsassistenten ist ab dem 01.01.2027 mindestens ein Notfallsanitäter im Rettungswagen bzw. im Notarzteinsatzfahrzeug einzusetzen.

Das Land NRW hat die Umsetzung des Notfallsanitätergesetzes regelrecht verschlafen und die Finanzierung der Ausbildung zum Notfallsanitäters außen vorgelassen. In der Folge verhalten sich zahlreiche Kommunen bei der Umstellung des Berufsbildes des Rettungsassistenten auf den Notfallsanitäter sehr zurückhaltend. Um einen möglichen Fachkräftemangel in der Notfallrettung zu verhindern, bedarf es dringend eines Konzepts zur Umsetzung der Notfallsanitäterausbildung. Der Rhein-Kreis-Neuss wird gebeten, ein solches Konzept zeitnah zu erarbeiten und vorzulegen.

## **Feuerwehr**

Das Ansehen der Feuerwehren und ihrer Angehörigen ist ungebrochen hoch. Die Feuerwehr ist eine der wichtigsten Säulen unseres Notfall- und Katastrophensystem. Die hauptamtlich besetzte Feuerwache im Neusser Hammfeld wird von den Freiwilligen Feuerwehren (Löschzüge) in den einzelnen Stadtteilen im Einsatz unterstützt. Die Firma Alu Norf hat eine eigene Werksfeuerwehr.

Würden die Freiwilligen Feuerwehren durch Berufsfeuerwehren ersetzt werden, ergäbe dies ein nicht finanzierbares System. Zwangsläufig müsste der derzeit hohe Sicherheitsstandard massiv herabgesetzt werden.

Neben der Brandbekämpfung und den Rettungseinsätzen nehmen die Einsätze der Feuerwehr einen breiten Raum ein. Es sind u.a. Ölspur- und Tierkadaverbeseitigungen. Gerade die ehrenamtlichen Angehörigen der Feuerwehren werden mit solchen Einsätzen

strapaziert. Arbeitgeber haben immer weniger Verständnis dafür, dass ehrenamtliche Feuerwehrleute zu diesem Zweck ihren Arbeitsplatz verlassen.

Neuss kann stolz auf seine Freiwillige Feuerwehr sein. Aber: Die Zahl der Berufspendler steigt, Angst vor dem Arbeitsplatzverlust und rückgängige Geburtenraten stellen die Freiwilligen Feuerwehren vor neue Probleme. Die Stadt Neuss wird gebeten, der Freiwilligen Feuerwehr bei der Anwerbung ehrenamtlicher Kräfte durch gezielte öffentliche Werbemaßnahmen zu unterstützen.

Bei der gemeinsamen Leitstelle des Rhein-Kreises Neuss für den Rettungsdienst und den Feuerschutz auf dem Hammfelddamm in Neuss laufen die Notrufleitungen 112 aus dem gesamten Kreisgebiet auf. Von hier aus werden kreisweit alle Feuer- und Rettungswachen, Notarztendienste und - bei Bedarf - überörtliche Einsatzkräfte alarmiert. Ferner koordiniert die Kreisleitstelle die Krankentransporte außerhalb der Notfallrettung.

Zum 1. Januar 2016 ist in Nordrhein-Westfalen ein neues Brandschutz-, Hilfeleistungs- und Katastrophenschutzgesetz (BHKG) in Kraft getreten. Die Feuerwehren können jetzt neben den Jugendfeuerwehren auch Kinderfeuerwehren für Sechs- bis Zwölfjährige gründen.

## **Katastrophenschutz**

Katastrophenschutz ist die Hilfeleistung bei außergewöhnlichen Schadensereignissen. Immer wieder fordern extreme Wetterlagen, Hochwasser, große Unglücksfälle mit vielen Verletzten, die Freisetzung von Gefahrstoffen oder Terroranschlägen den Katastrophenschutz, dem mit seinen vielen ehrenamtlichen Kräften eine besondere Bedeutung zukommt.

Mit Blick auf das in Grenznähe bei Aachen als unsicher geltende belgische Atomkraftwerk Tihange bekommt der Katastrophenschutz eine besondere Bedeutung.

In der Stadt Neuss funktionieren viele Sirenen als akustische Alarmierungs- und Warnsysteme nicht mehr bzw. wurden abgebaut. Das Land NRW möchte das bewährte Warnsystem wieder in Betrieb nehmen.

Bei Gefahren warnen und informieren die Kommunen ihre Bürgerinnen und Bürger, damit diese sich auf die Gefahr einstellen und richtig verhalten. Dies geschah früher durch Sirenen. Das Sirenen-Netz wurde vor 20 Jahren vom Bund abgeschaltet. Die Warnungen



sollten per Rundfunk, Mobilfunk etc. erfolgen. Keine der erprobten Alternativen konnte sich bewähren beziehungsweise den Wirkungsgrad von Sirenen erreichen.

Viele NRW-Städte setzen wieder auf Sirenen. Das Land hat den Kommunen entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt, um ihre Warnsysteme zu optimieren. Nach Angaben des NRW-Innenministeriums sind im Sirenen-Kataster inzwischen schon wieder rund 3500 Heuler in 280 der 396 Städte und Gemeinden verzeichnet.

Im Kreisgebiet wie folgt:

Dormagen	21
Grevenbroich	0
Kaarst	5
Korschenbroich	14
Meerbusch	2 (in Arbeit)
Neuss	0
Jüchen	5
Rommerskirchen	2

Die CDU in der Stadt Neuss fordert den Bürgermeister auf, wieder ausreichende Sirenen im Stadtgebiet zu installieren. Ferner soll die Stadtverwaltung mit einer entsprechenden Kampagne die Bewohnerinnen und Bewohner wieder über die Sirenenwarnungen informieren, damit diese die Heul-Töne richtig deuten.

Auch wenn die Sicherheit in Neuss durch Polizei, Feuerwehr und Hilfsorganisationen auf einem soliden Fundament steht, benötigen die Katastrophenschutzeinheiten dringend eine verbesserte Ausstattung mit neuem und zusätzlichem Gerät. Wesentliche Teile der vorhandenen Fahrzeuge und Ausstattung entsprechen nicht mehr einem modernen technischen Stand.

Menschen benötigen Hilfe, Rettung und Unterstützung bei schweren Unglücksfällen, Naturkatastrophen und allen Gefahren, die mit eigenen Selbsthilfemaßnahmen nicht mehr bewältigt werden können. Bund, Land und Kreis statten die im Katastrophenschutz mitwirkenden Hilfsorganisationen und Feuerwehren zu diesem Zweck mit Fahrzeugen und sächlichem Material aus.

Die Häufigkeit der Großschadenereignisse, besonders durch die extremen Wetterlagen, nimmt zu.

Angesichts der veränderten Bedrohungslage fordert die CDU in der Stadt Neuss den Landrat des Rhein-Kreises-Neuss auf, im Benehmen mit den Feuerwehren und Hilfsorganisationen alsbald ein fachlich schlüssiges und verlässliches Ausstattungskonzept (Fahrzeuge, personelle und sachliche Ausstattung der Einheiten) zu erarbeiten, damit ein effektiver Beitrag bei der Bewältigung von Großschadenereignissen gewährleistet ist.

## **AG 3 – Sicherheit in Neuss: Kommunale Maßnahmen für mehr Sicherheit**

Die Bürgerinnen und Bürger in **Neuss** wollen in Sicherheit leben und sehen den Landrat, den **Bürgermeister**, den **Stadtrat**, den **Kreistag** und insbesondere auch **die CDU** als die entscheidende Kräfte vor Ort in der Verantwortung. Eine Verpflichtung, die wir **als Union sehr ernst nehmen** und als **eine der Kernaufgaben unserer Politik in Neuss** verstehen.

Gemeinsam mit den anderen Sicherheitsakteuren gilt es, die Kräfte zu bündeln – mit dem Ziel, unsere Stadt für die Bürgerinnen und Bürger so sicher wie möglich zu machen.

### **Kommunale Möglichkeiten nutzen**

Neben der Polizei und der Justiz kommt der **Stadt Neuss** bei der Erledigung von **örtlichen Sicherheitsaufgaben** (Ordnungs- und Präventionsaufgaben) eine spürbare **Bedeutung** zu. Dort, wo die Politik und die Verwaltung ihre Einflussmöglichkeiten für ein „**Mehr an Sicherheit**“ haben müssen, muss sie diese verantwortungsvoll nutzen. Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger in Neuss besteht nicht einfach, sondern muss **tagtäglich neu erarbeitet** werden. Die Menschen erwarten zu Recht die Schaffung und Gewährleistung sicherer Lebensräume. Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit stehen dabei in einem sehr engen Zusammenhang.

Die objektive und subjektive Sicherheit sind nicht identisch, aber verbunden. Das **subjektive Sicherheitsempfinden** der Bürger in Neuss muss **stärker** mit in die Bewertung **einfließen**. Das subjektive Sicherheitsgefühl der Menschen in Neuss ist nicht nur eine elementare **Frage der Lebensqualität** in der Stadt, sondern auch für Einzelhandel und Wirtschaft eine **wichtige Standortvoraussetzung**.

Schlechte Sauberkeit und sinkende Sicherheit führen zu einem messbaren **Attraktivitätsverlust einer Stadt**. Die Möglichkeit einer **Bürgerbefragung** zum **subjektiven Sicherheitsempfinden und Lebensqualität** ist zu prüfen (Angsträume, Hintergründe, Zusammenarbeit von Sicherheitskräften etc.) und alle 3 Jahre zu aktualisieren.

Die Sicherheit der Menschen in Neuss muss **als Gemeinschaftsaufgabe gesehen** und durch alle Bereiche in der Stadt unterstützt werden.

Insbesondere erwarten die Bürgerinnen und Bürger in Neuss, dass die **Polizei eine ausreichende Präsenz** ihrer Kräfte in der Öffentlichkeit gerade an gefährdeten Orten und zu von der Bevölkerung als gefährlich empfundenen Zeiten sicherstellt. Daneben soll der **Kommunale Servicedienst (KSD)** in Neuss grundsätzlich gestärkt werden. Die künftigen **Aufgabenfelder des Dienstes müssen konkretisiert** und im **Schwerpunkt** auf der Gewährleistung der **kommunalen Ordnung** liegen. Hierfür ist der **Personalansatz zu erhöhen** und die **Erreichbarkeit deutlich zu verbessern** (24h / 7 Tage die Woche). Insbesondere die **öffentliche Präsenz** der KSD-Mitarbeiter und die **gemeinsamen Streifen** von KSD und Polizei – als deutlich erkennbares Zeichen für den Bürger – sind zu erhöhen. Die bestehende Ordnungspartnerschaft mit der Polizei ist ebenso auszubauen. Gleichwohl muss die kommunale Politik darauf vertrauen können, dass die Leistungen der örtlichen Sicherheitsanstrengungen nicht mittelfristig zu einer Reduzierung der Polizeipräsenz führt.

## **Kommunale Netzwerke stärken**

Wir benötigen insgesamt eine **Neubewertung der örtlichen Sicherheitsstruktur**. Kommunale Sicherheit ist eine **Aufgabe**, die durch **viele Kräfte gemeinsam gestemmt** werden muss. Daher sind die bestehenden **Vernetzungen**, Allianzen, Partnerschaften und Aktionsbündnisse der lokalen Akteure wie z.B. Behörden, Streetworkern, Vereinen, sozialen Trägern, Kirchengemeinden, Hausmeisterdiensten (z.B. bei größeren Bauträgern) und privaten Sicherheitsfirmen zu **prüfen, neu aufzustellen und unter der Federführung der Stadt zu fördern**. Grundsätzlich wollen wir verstärkt die Kräfte nutzen, die bereits auf der Straße sind. Die **Bürgerinnen und Bürger** in Neuss wollen wir zielgerichtet **einbinden und unterstützen**. Beispielhaft ist zu prüfen, ob örtlich ehrenamtlich Tätige mit in die kommunale Sicherheitsstruktur verstärkt eingebunden werden können (z.B. als Meldestelle, soziale Kontrolle). Grundsätzlich soll die **Achtsamkeit** und **Zivilcourage** sowie die Förderung der Hilfe zum Selbstschutz (z.B. durch Beratung, Nachbarschaftshilfe, Aktionen wie z.B. „Sieh etwas – sag etwas“ oder „Wachsamer Nachbar“) gestärkt werden. Die kommunale Sicherheitspolitik braucht die lokalen Medien. Wir hoffen auf eine aufmerksame Zusammenarbeit, insbesondere im Rahmen der Präventionsarbeit.

## **Stadtplanung und Sicherheit**

**Sicherheitspolitik** ist ein **Teil der Stadtplanung** und muss noch deutlicher in die künftige Stadtplanung einfließen. Grundsätzlich ist der **öffentliche Raum in Neuss** so zu gestalten, dass **Tatgelegenheiten reduziert und Angsträume planerisch ausgeschlossen werden**. Mehr Sicherheit durch städtebauliche, architektonische und freiraumplanerische Planungen z.B. durch größere Sichtachsen, Transparenz und helle Plätze ist möglich. **Investitionen in den Bereich Sicherheit** als Teil der Standortpolitik sind als notwendige **Einlagen für die Attraktivitätssteigerung und Imagepflege** der Stadt zu verstehen. Im Interesse der **örtlichen Lebensqualität** setzen wir uns für die Gewährleistung und Sicherung der **Sicherheit und Sauberkeit im öffentlichen Raum** ein. Der Verwahrlosung öffentlicher Räume ist konsequent entgegenzuwirken. Wir fordern von der Stadt eine deutliche **Verbesserung der Pflege und Sauberkeit** auf Straßen, Plätzen und Grünanlagen. Erforderlich ist eine **regelmäßigere Kontrolle und Umsetzung der ordnungsbehördlichen Verordnung** zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung in den öffentlichen Anlagen der Stadt Neuss. *In diesem Zusammenhang könnte geprüft werden, ob der Personalansatz im Rahmen der Pflege ausreicht (Stichwort Einsatz von ALG II Kräften)*

## **Einsatz technischer Mittel in Neuss**

Moderne **Sicherheitstechnik** (z.B. Videoüberwachungsmöglichkeiten öffentlicher Straßen und Plätze, Einbruchmeldeanlagen, Notrufeinrichtungen [evt. als „Taschennotruf“ oder als APP]) fördern die örtliche Sicherheitslage und **sind verstärkt zu nutzen**. Bushaltestellen sind konsequent gut auszuleuchten. Der Einsatz von Videoüberwachung und Personen-Notrufanlagen an Bushaltestellen wollen wir testen und flächendeckende Notruf-Alarmierung durch vorbeifahrende Busse (Notruf-Taste mit GPS-Ortung) oder auch für Betriebstechniker, die in der Nacht arbeiten, einsetzen.